

Auf einen Blick

Europas Mittelstand den Rücken stärken – neue Impulse für die europäische KMU-Politik



Vorstellung des „European SME Action-Programme“ beim Treffen der SME Envoys am 6. Juli 2017 in Lissabon

Quelle: SME Envoys Network

Auf deutsche Initiative hin hat das EU KMU-Botschafter-Netzwerk („SME Envoys Network“) ein umfassendes Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Europa erarbeitet. Das „European SME Action-Programme“ enthält über 100 Handlungsempfehlungen und 50 „good practice“-Beispiele zu zentralen Herausforderungen für den europäischen Mittelstand. Dabei werden auch neue dynamische Themenfelder wie die Sharing Economy oder innovative Finanzierungsformen adressiert.

Ein starkes Netzwerk für einen starken europäischen Mittelstand

Das europäische KMU-Botschafter-Netzwerk („SME Envoys Network“) ist Sprachrohr und Fürsprecher der rund 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa. Seit 2011 setzen sich hochrangige KMU-Botschafter der jeweiligen Mitgliedstaaten sowie Vertreter europäischer Mittelstandsverbände für die Interessen der KMU in der EU und ihren Mitgliedstaaten ein. Dazu gehört insbesondere die effektive Durchsetzung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“, etwa mit Blick auf den Abbau und die Vermeidung unnötiger Bürokratie. Als direkte Ansprechpartner für die kleinen und mittleren Unternehmen und deren Interessenvertretungen setzen sich die „SME Envoys“ gegenüber der EU-Kom-

mission beispielsweise für einfachere EU-Förderinstrumente, einen besseren Zugang zu Finanzierungen und die Stärkung des Unternehmertums in Europa ein. Hierüber berichten sie regelmäßig im Wettbewerbsfähigkeitsrat der EU. Zudem sind sie hartnäckige Impulsgeber für die Weiterentwicklung der europäischen KMU-Politik und pflegen einen regelmäßigen und fruchtbaren Austausch zu nationalen „good practices“.

Prioritäten für eine moderne europäische Mittelstandspolitik

Vor diesem Hintergrund traf im Frühjahr 2016 die deutsche Initiative, ein „European SME Action-Programme“ zu erarbeiten, auf breite Unterstützung des „SME Envoys Network“. Die KMU-Vertreter waren sich einig: Neue Herausforderungen wie die Digitalisierung und der wachsende Fachkräftebedarf erfordern neue Impulse für die europäische KMU-Politik. Dies gilt umso mehr, da der „Small Business Act“, der seit dem Jahr 2008 die Grundlage für die europäische KMU-Politik bildet, seit dem Jahr 2011 nicht mehr angepasst wurde. Die Experten der verschiedenen Mitgliedstaaten und Verbände identifizierten für das KMU-Aktionsprogramm sechs zentrale Herausforderungen und Handlungsbedarfe für den europäischen Mittelstand:

- ▶ Bessere Rechtsetzung
- ▶ Zugang zu Märkten
- ▶ Zugang zu Finanzierungen
- ▶ Unternehmertum
- ▶ Fachkräftesicherung
- ▶ Digitalisierung

Zu jedem Handlungsfeld enthält das Aktionsprogramm eine ausführliche Situationsanalyse. Dabei werden auch neue durch die Digitalisierung beförderte Entwicklungen wie die Sharing Economy oder alternative Finanzierungsformen wie das Crowdfunding adressiert. Das Thema Fachkräftesicherung, das sich EU-weit zwischen den Antipoden „demographiebedingter Mangel“ und „Jugendarbeitslosigkeit“ bewegt, greift neben der dualen Berufsausbildung auch die Vermittlung von Kompetenzen für die digitale Wirtschaft und die Herausforderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt auf.

Auf Basis der Situationsanalysen werden insgesamt mehr als 100 Handlungsempfehlungen für die EU und die Mitgliedstaaten festgehalten. Diese reichen von der Förderung des Aufbaus der Internetbreitbandstruktur bis zur unternehmerischen Ausbildung von Lehrkräften. Darüber hinaus umfasst das „European SME Action-Programme“ insgesamt rund 50 „good practice“-Beispiele aus verschiedenen Ländern. Aus Deutschland werden in dieser Kategorie unter anderem das Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“, das „Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand“ (ZIM), der „Coparion Investmentfonds“ und die „Plattform Industrie 4.0“ vorgestellt.

Das Aktionsprogramm des „SME Envoys Network“ ergänzt bewusst die von der EU-Kommission im November 2016 vorgestellte „Start-up und Scale-up Initiative“. Die Förderung von „Scale-ups“, mit dem Ziel der Erschließung von Wachstumspotenzialen für Unternehmen, wird in einem eigenen Kapitel des KMU-Aktionsprogramms thematisiert.

Zeit zu handeln

Dem informellen Charakter des Botschafter-Netzwerks entsprach die engagierte, kollegiale Arbeitsweise der mehr als 20 Editoren, die das „European SME Action-Programme“ gemeinsam und ergebnisorientiert innerhalb eines guten



Jahres erarbeitet haben. Auch wenn die mehr als 100 Handlungsempfehlungen keinen rechtlich bindenden Charakter haben, sollen sie als konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Mittelstandspolitik dienen. Ziel der SME Envoys ist es, diese in den politischen Raum zu tragen, sie umzusetzen und weiterzuentwickeln. Den Anfang dazu haben die öffentliche Vorstellung des Programms durch die „SME Envoys“ am 6. Juli in Lissabon und die offizielle Übergabe an die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständige Kommissarin Elżbieta Bieńkowska am 19. Juli in Brüssel gemacht. Erfreulicherweise kündigten bereits erste Mitgliedstaaten an, das Programm in ihren Mittelstandspolitiken berücksichtigen zu wollen. Auf europäischer Ebene ist eine Vorstellung des Programms im Wettbewerbsfähigkeitsrat und der entsprechenden High Level Group geplant. Und natürlich wird auch das „SME Envoys Network“ in seinen regelmäßigen Zusammenkünften die Themen weiter vertiefen und ihre Umsetzung im Sinne des europäischen Mittelstands forcieren. Mittelständische Unternehmen und ihre Interessenvertretungen können diese Arbeit unterstützen, indem sie ihre Belange aktiv an die KMU-Botschafter herantragen. Die Mittelstandsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums steht dafür gerne bereit.

Das „European SME Action-Programme“ ist im Internet zum Download verfügbar: www.bmwi.de/european-sme-action-programme.

Kontakt: Christiane von Trotha
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

Europäisches Semester 2017: Die länderspezifischen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union für Deutschland



Das Europäische Semester bezeichnet den jährlichen Zyklus der wirtschafts-, haushalts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union. Wie üblich ist das diesjährige Semester mit der Annahme der neuen länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten durch den Rat der Europäischen Union am 11. Juli zu Ende gegangen. Für den neuen Koordinierungszyklus empfiehlt der Rat Deutschland erneut, die öffentlichen Investitionen zu stärken und Arbeitsmarktrefor-men umzusetzen. Neu ist die Empfehlung, Voraussetzungen für höhere Reallöhne zu schaffen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind angehalten, im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik das gemeinsame Interesse der EU zu berücksichtigen.¹ Hierzu erfolgt mit dem Europäischen Semester ein wirtschafts-, haushalts- und beschäftigungspolitischer Koordinierungsprozess, der jedes Jahr seinen Abschluss in der Annahme der länderspezifischen Empfehlungen durch den Rat der Europäischen Union findet.

Die Europäische Kommission hatte zuvor am 22. Mai für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands² Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen übermittelt. Nach Diskussion sowohl im ECOFIN-Rat³ als auch im

EPSCO-Rat⁴ wurden die länderspezifischen Empfehlungen im Juni durch den Europäischen Rat gebilligt, bevor sie am 11. Juli durch den Rat der Europäischen Union (in der Formation Wirtschaft und Finanzen) formal angenommen wurden.

In seinen länderspezifischen Empfehlungen an Deutschland (siehe Kasten) setzt der Rat wie im Vorjahr den Fokus auf eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und Reformen des Arbeitsmarkts. Trotz Fortschritten im Bereich der öffentlichen Investitionen (u. a. Neuregelung des Bundes-Länder-Finanzausgleichs und Ausweitung der Investitionen des Bundes um insgesamt mehr als 40 Prozent in dieser Legislaturperiode), sieht der Rat weitere fiskalische Spielräume für Deutschland und fordert eine Steigerung öffentlicher Investitionen insbesondere in Bildung, Forschung und Innovationen.

Neu gegenüber dem Vorjahr ist die Forderung, Voraussetzungen für höhere Reallohnsteigerungen zu schaffen und dabei die Rolle der Sozialpartner zu respektieren. Was sich aus dieser Handlungsempfehlung konkret für die Bundesregierung ergibt, bleibt vor dem Hintergrund der Tarifautonomie und der Unabhängigkeit der Zentralbank allerdings offen.

- 1 Die wirtschaftspolitische Koordinierung ist in Artikel 121 des Allgemeinen EU-Vertrags (AEUV) verankert. Der Artikel beginnt wie folgt: „Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat [...]“
- 2 Griechenland unterliegt im Zuge des ESM-Programms bereits einem gesonderten Überprüfungsprozess und hat in diesem Rahmen eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen.
- 3 Rat für Wirtschaft und Finanzen
- 4 Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit

Länderspezifische Empfehlungen 2017 an Deutschland

Der Rat der Europäischen Union empfiehlt, dass Deutschland 2017 und 2018:

1. unter Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels, die Haushalts- und Strukturpolitik zur Stützung des Potenzialwachstums und der Binnen- nachfrage und zur Herbeiführung eines anhalten- den Aufwärtstrends bei den Investitionen nutzt; die öffentlichen Investitionen, insbesondere in Bil- dung, Forschung und Innovation, auf allen Ebenen des Staates vorantreibt und Kapazitäts- und Pla- nungseingängen bei Infrastrukturinvestitionen entgegenwirkt; die Effizienz und Investitions- freundlichkeit des Steuersystems weiter verbessert; bei Unternehmensdienstleistungen und reglemen- tierten Berufen den Wettbewerb belebt;

2. die Fehlanreize, die Zweitverdiener von einer Erwerbstätigkeit abhalten, verringert und den Übergang in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erleichtert; die hohe Steuer- und Abgabenbelas- tung für Geringverdiener senkt; die Voraussetzun- gen schafft, um unter Achtung der Rolle der Sozialpartner ein höheres Reallohnwachstum zu fördern.

Die Mitgliedstaaten haben nun zwölf bis 18 Monate Zeit, die länderspezifischen Empfehlungen umzusetzen. Die Bundesregierung wird auf die länderspezifischen Empfeh- lungen an Deutschland mit dem Nationalen Reformpro- gramm im April kommenden Jahres antworten und deren Umsetzungsstand darlegen.

Kontakt: Cornelia Schütz

Referat: Europäische Wirtschafts- und Währungsfragen

„Friends of Industry“ fordern „Action now!“ in Form einer klaren EU-Industrie-Strategie



Gruppenfoto der „Friends of Industry“ mit EU-Kommissarin Bienkowska am 30.06.2017 in Berlin

Quelle: BMWi/Susanne Eriksson

Am 30. Juni 2017 trafen sich auf Einladung von Bundes- wirtschaftsministerin Zyprios Vertreter aus 19 europäi- schen Staaten sowie EU-Industriekommissarin Elżbieta Bienkowska zur fünften Ministerkonferenz der „Friends of Industry“ in Berlin.

Die „Friends of Industry“ (FoI) sind eine Gruppe euro- päischer Industrieminister, die sich seit fünf Jahren in informeller Runde zu industriepolitischen Konferen- zen zusammenfindet. Sie wollen konkrete industrie-

politische Fragen besprechen und darüber beraten, wie eine zukunftsgerichtete Industriepolitik in der EU aussehen sollte. In einer gemeinsamen Abschluss-erklärung werden Forderungen an die europäische Politik formuliert. Die bisherigen Treffen fanden in Paris, Rom, Madrid und Warschau statt.

„Berliner Erklärung“ zur Industriepolitik

Das Ergebnis der Konferenz ist eine Botschaft an Brüssel: Insgesamt 20 europäische Staaten haben die „Berliner Erklärung“ zur Industriepolitik unterschrieben (ein Staat war in Berlin nicht anwesend, hat aber die Erklärung mit unterzeichnet). Darin erneuern die Industrieminister ihre Forderung an die Europäische Kommission nach einer neuen industriepolitischen Strategie.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu erhalten, fordern die „Friends of Industry“, jetzt aktiv zu werden („Action now“). Die Europäische Kommission ist angehalten, durch konkrete Maßnahmen die Zukunft einer international wettbewerbsfähigen europäischen Industrie zu gestalten. Diese Maßnahmen sollen Teil der zu erarbeitenden industriepolitischen Strategie der EU sein. Die „Berliner Erklärung“ setzt ihre Schwerpunkte in den Bereichen Digitalisierung, Investitionen, Nachhaltigkeit und Handelspolitik. Exemplarisch für den Tatendrang sind die geforderte Ausrichtung des Bildungsbereichs auf die Anforderungen der Industrie zur Bewältigung der digitalen Transformation sowie die Anpassung handelspolitischer Instrumente zur Bewahrung des freien und fairen Welthandels.

Außerdem wurde in Anlehnung an das EU-Ziel eines Anteils der industriellen Bruttowertschöpfung von 20 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung bis 2020 die Debatte um einen neuen Zielwert für 2030 angeregt. Damit soll der bisherige Dreiklang aus umwelt-, klima- und energiepolitischen Zielen um ein industriepolitisches Ziel ergänzt werden.

Die „Friends of Industry“ sind sich einig, dass die industrielle Basis der EU erhalten und gestärkt werden muss. In den Mitgliedstaaten wird daher nach Wegen gesucht, die industriepolitischen Trends der Zukunft zu erfassen und so wichtige Rahmenbedingungen für den Erhalt und Ausbau der Erwerbsbasis der nächsten Jahre und Jahrzehnte zu schaffen. Ziel der „Friends of Industry“ ist, die gemeinsam erkannten industriepolitischen Zukunftsfelder durch gemeinsame Aktionen hervorzuheben.

Der Dialog als Prozessbaustein moderner Industriepolitik

Die Besonderheit dieser Konferenz war die zusätzliche Einladung von Vertreterinnen und Vertretern des deutschen „Bündnis zur Zukunft der Industrie“. So bot die Konferenz durch verschiedene Impulsvorträge die Gelegenheit, den anderen „Friends of Industry“ den Dialog mit den Stakeholdern als Teil des Prozesses einer modernen Industriepolitik vorzustellen. Dieser Austausch wurde als wichtiges Instrument politischen Handelns auch in der „Berliner Erklärung“ als eine der Bedingungen für erfolgreiche Industriepolitik festgeschrieben.

Die europäische Industriepolitik wurde mit Beginn der Amtszeit der Europäischen Kommission im Jahr 2014 organisatorisch neu aufgestellt. Die zuvor eigenständige Generaldirektion „Unternehmen und Industrie“ (DG ENTR) wurde in die Generaldirektion „Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und Kleine und mittlere Unternehmen“ (DG GROW) integriert. Auf Seiten der Mitgliedstaaten wird seitdem ein Bedeutungsverlust der Industriepolitik in der Arbeit der EU festgestellt.

Es wird nun mit Spannung erwartet, wie sich Kommissionspräsident Juncker auf der für September 2017 erwarteten Rede zur Lage der Union hinsichtlich der geforderten Industriestrategie äußern wird. Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hatte im Mai 2017 die Europäische Kommission um Vorlage einer Industriestrategie im Frühjahr 2018 gebeten. Die „Friends of Industry“ werden diesen Prozess aktiv begleiten.

Kontakt: Farina Boardwell
Referat: Grundsatzfragen der Industriepolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

August 2017	
04.08.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)
07.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
15.08.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
September 2017	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
12.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
15./16.09.	Eurogruppe/informeller ECOFIN
20./21.09.	Informeller Rat der Energieminister/Transport (TTE)
Oktober 2017	
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
09.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
09./10.10.	Eurogruppe/ECOFIN
13.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
17.10.	Wettbewerbsfähigkeitsrat zu Binnenmarkt und Industrie
19./20.10.	Europäischer Rat

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Wissensbasiertes Kapital ...

... gewinnt im Zuge der Digitalisierung zunehmend an Bedeutung. Bereits heute investieren deutsche Unternehmen mit etwa zehn Prozent ihrer Wertschöpfung im Durchschnitt fast so viel in wissensbasiertes wie in physisches Kapital. Investitionen in wissensbasiertes Kapital sind immaterielle Investitionen beispielsweise in Forschung und Entwicklung, innovative Designs, betriebliche Aus- und Weiterbildung, Organisationskapital wie Geschäftsprozesse und Managementpraktiken, Patente und Lizenzen sowie Software und Datenbanken.

Eine aktuelle Forschungsstudie* unterstreicht die hohe Bedeutung von wissensbasiertem Kapital. Es ist entscheidend für die Produktivität von Unternehmen. Es zeigt sich aber auch: Investitionen in wissensbasiertes Kapital sind stark konzentriert auf wenige Branchen und Unternehmen in Deutschland. Im Verarbeitenden Gewerbe investieren deutlich mehr Unternehmen in wissensbasiertes Kapital als im Dienstleistungsbereich. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe investiert innerhalb eines Jahres nur jedes dritte Unternehmen in Forschung und Entwicklung oder Software. In Patente und Lizenzen investiert nur jedes zehnte Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, in Organisationskapital etwa die Hälfte. Die Studie können Sie [hier](#) abrufen.

Wissensbasiertes Kapital: Anteil der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die innerhalb eines Jahres in die abgebildeten Investitionsbereiche investiert haben (Durchschnitt 2009 – 2013).



Hinweis: Der dargestellte Anteil bezieht sich auf die Zahl der Unternehmen, die in einem bestimmten Jahr Investitionen in dem entsprechenden Bereich getätigt haben. Um jährliche Schwankungen auszugleichen, wird der Anteil der investierenden Unternehmen im Mittel über den Betrachtungszeitraum 2009 bis 2013 dargestellt.

Quelle: DIW Berlin (*Ergebnisse des BMWi-Forschungsgutachtens „Wissensbasiertes Kapital in Deutschland: Analyse zu Produktivität- und Wachstumseffekten und Erstellung eines Indikatorsystems“)